



HALLE ★ *Die Stadt*

Beschlussvorlage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **IV/2007/06326**
Datum: 28.02.2007
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Geschäftsbereich I
FB Finanzservice

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	20.03.2007	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	28.03.2007	öffentlich Entscheidung

Betreff: Satzung zur zweiten Änderung der Hundesteuersatzung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur zweiten Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer, sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale).

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.9000.022000 Mehreinnahmen 118.496,61 Euro

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Begründung:

Die Erhöhung der Steuersätze für das Halten eines Ersthundes soll von 76,69 Euro auf 90,00 Euro und für das Halten eines Zweithundes sowie jeden weiteren Hund in Höhe von 153,38 Euro auf 160,00 Euro beschlossen werden.

Die Änderung dieser Satzung soll einmal die Glättung des Steuerbetrages für das Halten von gefährlichen Hunden von 613,55 Euro auf 614,00 Euro sowie die Änderung der bisherigen Fälligkeit der Jahressteuer vom 15.02. eines jeden Jahres zum Inhalt haben. Die Fälligkeitsänderung von 4 mal im Jahr macht sich erforderlich, um die zunehmenden Stundungen zu minimieren, da alle steuerpflichtigen Hundehalter am Anfang eines Jahres verschiedene Forderungen begleichen müssen (Versicherungen, Energie etc).

Der Verwaltungsaufwand in Form von Stundungen, auch in Folge der Harz IV Regelungen, ist derart angestiegen, dass ein kontinuierliches Abarbeiten der laufenden Steuerfälle nicht mehr möglich ist. Über 50 % der steuerpflichtigen Hundehalter beantragen Stundungen. Die Einhaltung und Überwachung der genehmigten Stundungen führen ebenfalls zum Arbeitsstau, einmal im Ressort Stadtkasse und im Ressort Steuern.

Die Bestimmung von Fälligkeiten für einen laufenden Steuererhebungszeitraum bestimmt sich allein nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten unter Abwägung der Interessen der Betroffenen und der Interessen einer funktionierenden Verwaltung.

Die Fälligkeiten sollten unter diesem Aspekt auf den **15. Februar, 15. Mai, 15. August** und **15. November** eines jeden Jahres verändert werden. Stundungsprüfungen und Stundungsverfügungen dürften sich danach drastisch reduzieren.

Finanzielle Auswirkungen:

Basis für die Berechnung ist der Hundebestand zum 31.12.2006.

Ersthunde: 8.811

bisheriger Steuersatz: **76,69 €** neuer Steuersatz: **90,00 €**

Erhöhung: **13,31 € (pro Hund)** $8.811 \times 13,31 \text{ €} = \mathbf{117.274,41 \text{ €}}$

Zweithunde: 165

bisheriger Steuersatz: **153,39 €** neuer Steuersatz: **160,00 €**

Erhöhung: **6,61 € (pro Hund)** $165 \times 6,61 \text{ €} = \mathbf{1.090,65 \text{ €}}$

Bei einer Erhöhung der Steuersätze für Ersthunde und Zweithunde wäre von einer Gesamteinnahme in Höhe von **118.365,06 €** auszugehen.

Eine entsprechende Satzungsänderung ist nur ab **01.01.2008** möglich, da die Fälligkeit der Jahressteuer nach der bisherigen Hundesteuersatzung beim 15.2. eines jeden Jahres liegt und für das Steuerjahr 2007 die Fälligkeit bereits vorbei ist.

Gleichermaßen ist die Glättung des bisherigen Steuersatzes für das Halten eines gefährlichen Hundes von **613,55 Euro** auf **614,00 Euro** mit in die Satzung aufgenommen worden. Bei derzeit 132 gehaltenen gefährlichen Hunden würde sich eine Mehreinnahme in Höhe von **131,55 Euro** gerechnet auf das Jahr ergeben.

Satzung über die Erhebung der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale)

Auf der Grundlage der §§ 4, 6 und 91 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 5. Oktober 1993 (GVBl. S. 568), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.3.2006 (GVBl. LSA S. 102, 127) und aufgrund der §§ 2 und 3 des Kommunalabgabengesetzes (KAG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1996 (GVBl. S. 406), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.11.2005 (GVBl. LSA S. 698, 700) hat der Stadtrat in seiner Tagung am 28.03.2007 folgende Satzung zur zweiten Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale) beschlossen:

§ 1

Steuergegenstand

Gegenstand der Steuer ist das Halten von über drei Monate alten Hunden im Stadtgebiet. Kann das Alter eines Hundes nicht nachgewiesen werden, so ist davon auszugehen, dass der Hund über drei Monate alt ist.

§ 2

Steuerpflichtiger

- (1) Steuerpflichtiger ist der Halter eines Hundes.
- (2) Halter eines Hundes ist, wer einen Hund in seinem Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb zu persönlichen Zwecken aufgenommen hat. Als Halter des Hundes gilt nicht, wer einen Hund nicht länger als zwei Monate in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder zum Anlernen hält.
- (3) Halten mehrere Personen gemeinschaftlich einen Hund, so sind sie Gesamtschuldner.

§ 3

Steuersätze

- (1) Die Steuer beträgt jährlich:
 - a) für den ersten Hund **90,00 Euro**
 - b) für den zweiten Hund und jeden weiteren **160,00 Euro**
 - c) für jeden gefährlichen Hund **614,00 Euro**

- (2) Außer Betracht bleibt bei der Steuerfestsetzung die Anzahl der nach § 4 steuerbefreiten Hunde. Hunde, für die die Steuer ermäßigt gewährt wird, werden mitgezählt.
- (3) Gefährliche Hunde sind solche Hunde, bei denen nach ihrer besonderen Veranlagung, Erziehung und/oder Charaktereigenschaft die erhöhte Gefahr einer Verletzung von Personen besteht oder von denen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgehen kann.
- (4) Gefährliche Hunde im Sinne dieser Vorschrift sind insbesondere:
- Bullterrier
 - Pit-Bullterrier
 - Mastino Napoletano
 - Fila Brasileiro
 - Dogue de Bordeaux
 - Mastin Espanol
 - Dogo Argentino
 - Bandog
 - Staffordshire Bullterrier
 - Römischer Kampfhund
 - Chinesischer Kampfhund
 - Tosa Inu
 - American Staffordshire Terrier
 - Bullmastiff
 - Mastiff
- (5) Dies gilt auch für Kreuzungen dieser Rassen untereinander oder mit anderen als den im Abs. 4 erfassten Hunderassen.

§ 4 Steuerbefreiung

- (1) Bei Personen, die sich nicht länger als zwei Monate im Stadtgebiet aufhalten, ist das Halten derjenigen Hunde steuerfrei, die sie bei ihrer Ankunft besitzen und nachweislich in der Bundesrepublik Deutschland versteuern oder dort steuerfrei halten.
- (2) Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von Hunden, die zum Schutz und zur Hilfe Blinder, Tauber oder hilfloser Personen unentbehrlich sind. Die Steuerbefreiung kann von der Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses abhängig gemacht werden. Für Rettungshunde, die in einer von der Kommune anerkannten Rettungshundestaffel tätig sind, wird auf Antrag eine 50-prozentige Ermäßigung gewährt.
- (3) Bei Übernahme eines oder mehrerer Hunde aus dem Tierheim der Stadt Halle (Saale) erhält der Halter für jeden dieser Hunde eine Steuerbefreiung von einem Jahr. Dies gilt nicht für Hunde im Sinne von § 3 Abs. 3 bis 5.

§ 5**Steuerermäßigung**

Die Steuer kann auf Antrag des Steuerpflichtigen auf die Hälfte ermäßigt werden für das Halten von:

einem mehr als ein Jahr alten Hund, der zur Bewachung eines Anwesens, welches von den nächsten im Zusammenhang bebauten Ortsteil mehr als 400 m Fußweg entfernt liegt, erforderlich ist. Dies gilt nicht für Hunde im Sinne von § 3 Abs. 3 bis 5.

§ 6**Allgemeine Voraussetzungen für die Steuerbefreiung und Steuerermäßigung**

Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung wird nur gewährt, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. die Hunde für den angegebenen Verwendungszweck tatsächlich verwendet und hinlänglich geeignet sind,
2. der Halter der Hunde in den letzten fünf Jahren nicht wegen Tierquälerei bestraft ist,
3. für die Hunde geeignete, den Erfordernissen des Tierschutzes entsprechende Unterkunftsräume vorhanden sind.

Der Antrag auf Steuerbefreiung und Steuervergünstigungen ist spätestens vier Wochen vor Beginn des Monats, in dem die Steuervergünstigung wirksam werden soll, schriftlich bei der Stadt zu stellen.

Bei verspäteten Antrag wird die Steuer für den nach Eingang des Antrages beginnenden Monat auch dann nach den Steuersätzen des § 3 erhoben, wenn die Voraussetzung für die beantragte Steuervergünstigung vorliegt.

§ 7**Beginn und Ende der Steuerpflicht, Steuerschuld, Fälligkeit, Anrechnung**

- (1) Die Steuer wird als Jahressteuer erhoben. Das Steuerjahr ist das Kalenderjahr. Die Steuerschuld für ein Kalenderjahr entsteht am 1. Januar für jeden an diesem Tag im Stadtgebiet gehaltenen über drei Monate alten Hund.
- (2) Jeder Steuerpflichtige erhält mit Beginn der Steuerpflicht einen Steuerbescheid, der bis zum Beginn des Zeitraumes für den ein neuer Bescheid erteilt wird, oder bis zum Ende der Steuerpflicht gilt. Die Steuer wird fällig zum **15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November** eines jeden Kalenderjahres.
Beginnt die Steuerpflicht und entsteht die Steuerschuld erst im Laufe eines Kalenderjahres, wird die Steuer für den Rest dieses Kalenderjahres einen Monat nach Bekanntgabe des Steuerbescheides fällig.

- (3) Wird ein Hund erst nach dem 1. Januar drei Monate alt oder wird ein über drei Monate alter Hund erst nach diesem Zeitpunkt gehalten, so entsteht die Steuerschuld und beginnt die Steuerpflicht am ersten Tag des folgenden Monats.
- (4) Wird ein Hund im Stadtgebiet erst nach dem Beginn eines Steuerjahres durch Zuzug gehalten, so beginnt die Steuerpflicht und entsteht die Steuerschuld mit Beginn des nächsten Monats.
- (5) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Monats, in dem die Hundehaltung beendet wird.

§ 8 Meldepflicht

- (1) Wer einen Hund anschafft oder mit einem Hund zuzieht, hat ihn binnen 14 Tagen bei der Stadt anzumelden. Diese Pflicht gilt unabhängig davon, ob man der Hundesteuerpflicht unterliegt. Neugeborene Hunde gelten mit Ablauf des dritten Monats nach der Geburt als steuerpflichtig.
- (2) Der bisherige Halter eines Hundes hat den Hund innerhalb 14 Tagen nach Beendigung der Hundehaltung abzumelden. Im Falle der Veräußerung des Hundes sind bei der Abmeldung Name und Adresse des Erwerbers anzugeben.
- (3) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung fort, so hat der Hundehalter das binnen 14 Tagen anzuzeigen.

§ 9 Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken

- (1) Für jeden im Stadtgebiet gehaltenen Hund wird von der Stadtverwaltung eine Hundesteuermarke ausgegeben. Die Steuermarken werden den Hundehaltern bei Anmeldung der Hundehaltung oder durch Beifügen zum Steuerbescheid kostenlos ausgehändigt.
- (2) Bei der Abmeldung der Hundehaltung ist die Hundesteuermarke zurückzugeben.
- (3) Der Hundehalter darf Hunde außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundbesitzes nur mit der Hundemarke umherlaufen lassen. Hunde die außerhalb der Wohnung oder des umfriedeten Grundbesitzes des Hundehalters ohne gültige Hundemarke unbeaufsichtigt angetroffen werden, können durch Beauftragte eingefangen werden.

§ 10**Geltungsdauer und Rückgabe von Hundesteuermarken**

- (1) Die Hundesteuermarken gelten für fünf Jahre. Ihre Gültigkeit kann durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) für beendet erklärt und die Ausgabe neuer Steuermarken bekanntgemacht werden.
- (2) Endet die Hundehaltung, so ist die Steuermarke zusammen mit der Anzeige über die Beendigung der Hundehaltung innerhalb von 14 Tagen an das Steueramt zurückzugeben.

§ 11**In Verlust geratene Hundemarken**

Für eine in Verlust geratene Hundemarke wird dem Hundehalter eine Ersatzmarke ausgehändigt, hierfür erhebt die Stadt eine Gebühr nach Maßgabe der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) vom 21. August 1996. Bei Ausgabe der Ersatzmarke hat der Hundehalter unterschriftlich zu bestätigen, dass er darüber belehrt worden ist, dass die missbräuchliche Verwendung von Hundesteuermarken eine Ordnungswidrigkeit darstellt, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann. Ferner muss sich der Hundehalter verpflichten, im Falle des Auffindens der in Verlust geratenen Steuermarke, die Ersatzmarke unverzüglich an das Steueramt zurückzugeben.

§ 12**Feststellung der Hundehaltung**

Zur Feststellung einer Hundehaltung kann sich die Stadt eines Steueraußendienstes bedienen. Der Hundehalter ist verpflichtet, dem Beauftragten der Stadt die gültige Hundesteuermarke auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 13**Billigkeitsmaßnahmen**

- (1) Die Stadt kann die Steuer, die für einen bestimmten Zeitraum geschuldet wird, ganz oder teilweise stunden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint.
- (2) Ist die Einziehung nach Lage des Einzelfalles unbillig, kann die Stadt die für einen bestimmten Zeitraum geschuldete Steuer ganz oder teilweise erlassen.
- (3) Das Vorliegen einer erheblichen Härte oder von Unbilligkeit ist bei der Antragstellung durch Offenlegen der wirtschaftlichen Verhältnisse nachzuweisen.

§ 14
Ordnungswidrigkeit

Zuwiderhandlungen gegen diese Hundesteuersatzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 16 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) in der jeweils geltenden Fassung und werden als diese geahndet.

§ 15
Inkrafttreten

Diese Satzung zur zweiten Änderung der Satzung tritt am 01. Januar 2008 in Kraft.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin